Editorial: Demokratie ohne Wachstum?

Karina Becker · Klaus Dörre

Online publiziert: 4. Oktober 2018

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

Ist Demokratie noch möglich, wenn rasches, permanentes Wirtschaftswachstum ausbleibt? So lautet die Schlüsselfrage, mit der sich die Autorinnen und Autoren im vorliegenden Doppelheft des Berliner Journals für Soziologie auseinandersetzen. Dass es einen engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und der Stabilität demokratischer Staatsformen gibt, ist nicht nur eine theoretische Behauptung, sondern auch ein empirisch gut belegter Zusammenhang. Von einer schwierigen Übergangsphase abgesehen, habe das marktwirtschaftlich getriebene Wachstum mit Hilfe demokratischer Institutionen allmählich auch die soziale Ungleichheit reduziert und Verteilungskonflikte abgemildert, lautet ein Standardargument modernisierungstheoretisch inspirierter Autorinnen und Autoren (Kuznets 1955; North 1990). Entsprechende Sichtweisen prägen bis heute demokratietheoretische Diskurse. Denn, so ein Resümee einschlägiger Forschungen, „eine freie Wirtschaft“ schafft, „besser als andere Formen des Wirtschaftens, Wohlstand. Und Wohlstand scheint fast eine Garantie für die Demokratie zu sein“ (Vorländer 2010, S. 108).

Die enge Koppelung von Wirtschaftswachstum und Demokratie schien bis in die jüngere Vergangenheit derart evident zu sein, dass sie nicht einmal von wichtigen Vertretern der Kritischen Theorie infrage gestellt wurde. So gründet Jürgen Habermas Theorie kommunikativen Handelns auf der impliziten Prämisse, kontinuierliches Wirtschaftswachstum und wohlfahrtsstaatliche Verteilung werde den alten industriellen Klassenkonflikt pazifizieren (Habermas 1987, S. 276, 293), weshalb Spannungen zwischen Systemimperativen und Lebenswelt als dominante Konfliktlinie an seine Stelle träten. Selbst (neo)marxistisch inspirierten Sozialwissenschaft-

K. Becker (✉) · K. Dörre
Jena, Deutschland
E-Mail: karina.becker@uni-jena.de

K. Dörre
E-Mail: klaus.doerre@uni-jena.de

lerinnen galt die Demokratie als jene Staatsform, in welcher sich ein rationaler, wachstumsorientierter Wohlfahrtskapitalismus am besten entfalten konnte. Demokratie ermöglichte Spielräume für kreatives unternehmerisches Handeln. Auf diese Weise entsprach sie dem konkurrenzgetriebenen Zwang zur fortwährenden Revolutionierung der Produktionsmittel. Zugleich erlaubte sie eine Ausweitung sozialer und politischer Rechte, die der gesellschaftlichen Integration lohnabhängiger Klassen diente, ohne dass dies den eigentlichen Kern kapitalistischer Vergesellschaftung berührte.

All jenen Theorien, die von einer natürlichen Nähe zwischen Kapitalismus, Wirtschaftswachstum und Demokratie ausgingen, geriet jedoch zusehends aus dem Blick, was schon Marx als „das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen“ (Marx 1973, S. 231) bezeichnet hatte. Ihrem Wortstamm nach bedeutet Demokratie Volksherrschaft, Herrschaft der Mehrheit oder der Vielen. Demokratie kann der Integration beherrschter Klassen und deprivilegierter Gruppen dienen, sie besitzt jedoch stets etwas Überschießendes. Historisch betrachtet von revolutionären Bewegungen und überwiegend gegen das Wirtschaftsbürgertum durchgesetzt (Hobsbawm 2017), bleibt die Demokratie in kapitalistischen Formationen, die auf einer strikten Trennung von Wirtschaft und politischer Gesellschaft beruhen, notwendig unvollständig. Wo der Markt, das Privateigentum an Produktionsmitteln und das Direktionsrecht bestimmen, haben es demokratische Entscheidungen schwer, zum Zuge zu kommen.

Im Ergebnis impliziert das eine widersprüchliche Vergesellschaftung des Politischen, die in den frühindustrialisierten Ländern im Rahmen von demokratischen Rechten, Institutionen und Verfahren fixiert ist. Zu nennen sind etwa Volkssouveränität, politische Gleichheit von Individuen und Assoziationen unabhängig von Konfession, Rasse oder Geschlecht, allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht oder Schutz vor staatlicher Willkür. Demokratie, in welcher eingeschränkter Form auch immer, bedeutet letztendlich, dass nicht mehr gänzlich ohne oder gegen das Staatsvolk regiert werden kann. Präziser: Regieren beruht im „demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2013) auf der Fähigkeit maßgeblicher Akteure, Konflikte so auszutragen, dass sie gesellschaftlich integrierend wirken. Klassenkampf ist, ebenso wie andere Konfliktformen, möglich. Doch er wird institutionalisiert, mit Hilfe demokratischer Verfahren reguliert und auf diese Weise entschärft. Er wird zum „demokratischen Klassenkampf“ (Ralf Dahrendorf), der auch die subalternen Klassen qua asymmetrischer Beteiligung über soziale und demokratische Rechte integriert.

Nichtsdestotrotz ist selbst ein erfolgreiches Zusammenspiel von Kapitalismus und Demokratie voraussetzungsvoller, als es viele modernisierungstheoretische, aber auch kapitalismuskritische Konzeptionen nahelegen. In der Realität ist das Ineinandergreifen von Wohlstandsproduktion, sozialem Ausgleich und demokratischer Partizipation keineswegs garantiert. Gerät die Wachstumsmaschinerie ins Stocken, könnte es um die Demokratie in ihren bestehenden Formen und Funktionsweisen schlecht bestellt sein. Tatsächlich spricht einiges dafür, dass wir zumindest in den frühindustrialisierten Staaten, zunehmend aber auch in großen und kleineren Schwellenländern einen solchen Umschlagpunkt erreicht haben. Weltweit befindet sich die Demokratie auf dem Rückzug (Foreign Affairs 2018). Zwar leben die meisten Menschen (4,2 Mrd.) noch immer in demokratisch verfassten Staaten, doch die Zahl derer, die sich mit autokratischen Systemen konfrontiert sehen, nimmt seit geraumer Zeit

zu (3,3 Mrd.). In vielen Demokratien werden zudem Bürgerrechte beschnitten und rechtsstaatliche Standards ausgehöhlt. Seit 2006 haben 40 Demokratien, darunter solche, die, wie Indien, über eine lange demokratische Tradition verfügen, rechtsstaatliche Garantien zurückgenommen, 50 Länder schränkten politische Freiheiten ein (Bertelsmann-Stiftung 2018). Auch die soziale Dimension der Demokratie gerät zunehmend unter Druck: In zahlreichen Ländern erodieren die organisierten Arbeitsbeziehungen, gewerkschaftliche Organisationsgrade sinken, Tarifverträge verlieren an Verbindlichkeit oder lassen sich gar nicht erst durchsetzen, wohlfahrtsstaatliches „Sozialeigentum“ (Robert Castel) wird beschnitten und die Schutzfunktion kollektiver Sicherungssysteme geht mehr und mehr verloren (ILO 2018).

Die im Doppelheft versammelten Beiträge betrachten Ursachen, Folgewirkungen und (politische) Verarbeitungsformen dieser schleichenden Entdemokratisierung, die sich häufig innerhalb demokratischer Staatsformen vollzieht, aus unterschiedlichen Perspektiven. Bob Jessop geht die Problematik staatstheoretisch und makrosoziologisch an. Mit der Durchsetzung eines finanzialisierten Akkumulationsregimes hat sich, so der Autor mit Bezug auf Max Weber, ein politischer Kapitalismus etabliert, der mit dem rationalen Kapitalismus, den Karl Marx in seinem Hauptwerk *Das Kapital* beschreibt, nur noch wenig gemeinsam hat. Für diese Variante ist die Demokratie nicht mehr die optimale Form, in welcher sich das Kapital am besten zu reproduzieren vermag. Stattdessen fördert ein formal-demokratischer institutioneller Rahmen Regierungsweisen, die Hegemonie (Konsens gepanzert mit Zwang, Gramsci 1991 ff.; kritisch: Anderson 2018) durch Muster loyaler Unterwerfung ersetzen. An die Stelle eines gesellschaftlichen Basiskonsens tritt Unterordnung, gepanzert mit Angst.

Einen der vermutlich wichtigsten Gründe diskutiert der Ökonom James K. Galbraith. Für ihn haben die frühindustrialisierten Länder die Zeiten raschen Wirtschaftswachstums unwiederbringlich hinter sich gelassen. Der Trend zu relativ flachen Wachstumsraten, der sich bereits vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007–2009 bemerkbar machte, wird sich – das jedenfalls besagt Galbraiths Prognose – in den alten kapitalistischen Zentren auf Dauer durchsetzen. Unter Ökonomen ist diese Sichtweise überaus umstritten. Tatsächlich ist die Weltwirtschaft nach der globalen Krise rasch auf einen Wachstumskurs zurückgekehrt. Länder wie die USA oder Deutschland durchlaufen seither gar eine der längsten Prosperitätsphasen ihrer Geschichte. Führende Ökonomen haben die These einer „secular stagnation“ deshalb bereits zu einem Mythos erklärt (Stiglitz 2018). Doch selbst wenn man zugesteht, dass die These einer säkularen Stagnation noch nicht bewiesen ist, spricht einiges dafür, dass es zumindest in den alten kapitalistischen Zentren auf längere Sicht keine Rückkehr zur vermeintlichen Normalität raschen, permanenten Wirtschaftswachstums geben wird. Galbraith nennt hierfür – neben fortbestehenden Konstruktionsfehlern im Finanzsystem, imperialen Rivalitäten, aufkommendem Protektionismus sowie der arbeitssparenden Wirkung digitaler Technologien – vor allem die Ressourcen- und Energieintensität des noch immer vorherrschenden Wirtschaftstypus und der mit ihm verbundenen Konsummuster und Lebensweisen als Hauptgrund.

Hans-Jürgen Urban nimmt in seinem Beitrag weitere Gründe für die gegenwärtige „Demokratiebeschädigung“ in den Blick, die sich aus der besonderen Verfassung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und hier insbesondere des „neoliberalen Krisenkonstitutionalismus“ ergeben. Die Ökonomien der Eurozone und der Europäischen Union haben nahezu ein Jahrzehnt benötigt, um ökonomisch wieder das Vorkrisenniveau von 2007 zu erreichen. Das Wirtschaftswachstum fällt allerdings regional wie national höchst unterschiedlich aus. Hinzu kommt, dass selbst große Volkswirtschaften wie die italienische – u. a. im Bankensektor – noch immer an den Krisenfolgen laborieren. Gefangen in den Imperativen einer finanzialisierten Ökonomie, die das Politische zum Landnahmeobjekt macht, spaltet sich die EU in Zentrum und Peripherie auf. Der erzeugte Wohlstand wird auch in den prosperierenden Ökonomien des Zentrums zunehmend ungleich verteilt. Die Vermögens- und Einkommensungleichheit hat weltweit ein solches Ausmaß erreicht, dass sie in vielen Staaten zu einer Wachstumsbremse geworden ist.

Selbiges gilt, wie Klaus Dörre, Sophie Bose, Jakob Köster und John Lütten konstatieren, auch für das deutsche „Jobwunderland“. Weil vertikale Ungleichheiten trotz prosperierender Wirtschaft zunehmen, entsteht ein Problemrohstoff, der sich im Rahmen eines „demokratischen Klassenkampfes“ mit seinen verbindlichen Regeln kaum noch bewältigen lässt. Gewerkschaften und wohlfahrtsstaatliche Institutionen sind derart geschwächt, dass selbst systemfunktionale Umverteilung zugunsten der lohnabhängigen Klassen unrealistisch geworden ist. Der aus solchen Erfahrungen erwachsende Ohnmachtsschmerz stärkt auch unter gewerkschaftlich organisierten und aktiven Arbeiterinnen die Tendenz, klassenspezifische Verteilungskämpfe in ethnisch-kulturelle Konflikte zwischen „innen“ und „außen“ umzudeuten. Das ist eine der Quellen, aus denen sich ein „autoritärer Nationalradikalismus“ (Heitmeyer 2018) speist, der überall dort, wo er, wie in Polen oder Ungarn, zur Macht gelangt, demokratische Rechte aushöhlt oder gar beseitigt.

Die „deep story“ (Arlie Hochschild), d.h. das tieferliegende Erklärungsmuster, das sich hinter den rechtspopulistischen Orientierungen „kleiner Leute“ verbirgt, konnte sich über Jahrzehnte hinweg herausbilden und hat in Deutschland ursächlich nicht das Geringste mit der Migrationspolitik der Regierung Merkel zu tun. Die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 bot lediglich einen Anlass, man könnte sagen: sie erzeugte den „populistischen Moment“ (Lawrence Goodwyn), in dem sich offen artikulierte, was über Jahrzehnte hinweg an menschenfeindlichen Orientierungen entstanden war. Die soziale Großgruppe der Fluchtmigranten bezeichnet hingegen, was Karin Scherschel in ihrem Artikel herausarbeitet, ein in vielerlei Hinsicht besonders verwundbares Außen der Demokratie. Häufig aufgrund direkter oder indirekter Wirkungen der Wachstumsregime in Ländern des Globalen Nordens (Klimawandel, ökologische Zerstörung, Krieg, Hunger) zur Flucht gezwungen, leben die Migrantinnen im Aufnahmeland häufig in ständiger Unsicherheit. Ihr Status ist ein transitorischer. Er ist auf Vorläufigkeit, Entwurzelung, Ausweisung und Rückkehr gerichtet. Noch immer bestimmt vor allem der Staatsbürgerschaftsstatus den Zugang zu sozialen, ökonomischen und letztlich auch demokratischen Rechten. Durch ihre bloße Existenz verweisen Fluchtmigranten auf die Exklusivität von Demokratien, die in ihrer Funktionsweise, mit ihren Regeln und Institutionen fest an das Konzept

von Citizenship gebunden sind. Jedoch identifiziert die Autorin dort, wo Migranten als „activist citizens“ agieren, zugleich Demokratisierungspotenziale.

Die Repulsionen einer vielschichtigen Globalisierung, die in Form flacher Wachstumsraten, zunehmender Ungleichheit, anschwellender Fluchtbewegungen und weltweit wirkender ökologischer Gefahren strukturbildend auf die kapitalistischen Zentren zurückwirken, sind nicht nur wegen der populistischen Revolte von rechts zu einer ernsten Herausforderung liberaler Demokratien geworden. In ihren bestehenden Formen und Verfahren dient die Demokratie häufig genug dazu, die Nicht-Entscheidungen und das Nicht-Handeln von Regierenden zu kaschieren. Auf diese Weise wird, wie Ingolfur Blühdorn anhand des ökologischen Gesellschaftskonflikts zeigt, Demokratie zu einer doppelbödigen Staatsform, die den Regierenden symbolisches Handeln ermöglicht, während die – in diesem Falle ökologischen – Probleme weiterwachsen. Obwohl die Repräsentantinnen der politischen Klasse ununterbrochen über den Klimawandel reden, steigen parallel dazu die CO₂-Werte und umweltschädliche Konsummuster werden eher noch gepflegt. Genau dieses Prinzip „nachhaltiger Nichtnachhaltigkeit“, das aus einer nur noch „simulativen Demokratie“ erwächst, könnte auch demokratische Postwachstumsgesellschaften prägen.

Wenn es um Wege geht, die Wahlverwandtschaft von Marktwirtschaft, Wachstum und Demokratie zu revitalisieren, wird oftmals die Digitalisierung an erster Stelle genannt. Andreas Boes, Tobias Kämpf, Thomas Lühr und Alexander Ziegler gehen dem neuen Technologieschub auf betrieblicher Ebene nach, wo sich die „agilen Methoden“ immer größerer Verbreitung erfreuen und neben Produktivitätsvorteilen auch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für die Beschäftigten versprechen – die sich diese, wie die Autoren anhand ihrer Fallstudien zu Entwicklerteams in der IT-Branche deutlich machen, stellenweise auch zunutze machen. Einen eindeutigen Trend zu mehr Demokratie können die Autoren gleichwohl nicht feststellen, denn in ihren Wirkungen bleibt die „Agilität“ ambivalent. Blickte man über die IT-Branche hinaus, träfe man zudem rasch auf einen digitalen Despotismus, wie ihn beispielsweise führende Unternehmen im Onlinehandel praktizieren. Auch jenseits der betrieblichen Arbeitswelt ist die Lage in Sachen Digitalisierung kaum übersichtlich. Zwar haben soziale Bewegungen wie Occupy oder das Aufbegehren der Empörten (Indignados) von den Möglichkeiten digitaler Kommunikation profitiert, gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass die rechtspopulistische „Gegenrevolution“ (Angela Nagle) bei der Nutzung neuer Medien einen Vorsprung hat.

Resümiert man die verschiedenen Beiträge, so scheint es zumindest in den alten industriellen Zentren weder möglich noch uneingeschränkt wünschenswert, zur vermeintlichen Normalität eines Kapitalismus mit raschem Wachstum und hohen Wachstumsraten zurückzukehren. Doch auch die Aussichten auf die Verstetigung eines Postwachstumskapitalismus, der zur Bewältigung des eskalierenden sozial-ökologischen Gesellschaftskonflikts zunehmend auf autoritäre, antidemokratische Praktiken angewiesen ist, verheißt wenig Gutes.

Gibt es Alternativen? Ist ein Übergang zu demokratisch verfassten Postwachstumsgesellschaften möglich? Gegenwärtig lässt sich, wie Hubertus Buchstein deutlich macht, auch sozialtheoretisch kaum eine angemessene Antwort formulieren. So ist z. B. der Strukturwandel demokratischer Öffentlichkeit in modernen (Post-)Wachstumskapitalismen sozialwissenschaftlich wenig aufgearbeitet. Anknüp-

find an Hartmut Rosas viel diskutierte Theorie gesellschaftlicher Resonanzbeziehungen, die der Entfremdung in modernen Gesellschaften mit der Aussicht auf ein gutes, weil gelingendes Leben begegnen will, setzt sich Buchstein mit der demokratietheoretischen Herausforderung der Postwachstumsgesellschaft auseinander. Dabei mahnt er eine überzeugendere Fundierung der „resonanten Demokratie“ an und beharrt darauf, über dem Fokus auf „Selbstwirksamkeit“ Verfahrensfragen nicht aus dem Blick zu verlieren. Buchstein erörtert Möglichkeiten einer aleatorischen Ergänzung der Demokratie, in welcher per Losverfahren ein kleiner, repräsentativer Personenkreis von Bürgern bestimmt und mit der Entscheidungsfindung zu Sachfragen betraut wird.

Buchsteins Vorschlag einer aleatorischen Demokratie bezieht sich auf demokratische Institutionen und Verfahren, wie sie v. a. von liberalen und deliberativen Konzeptionen zum Kern der demokratischen Staatsform erklärt werden. Daneben existieren aber auch Ideen einer inhaltlich und interessenpolitisch begründeten sozialen Demokratie, die in Zukunft womöglich stärker in den Vordergrund rücken könnten. Denn unabhängig davon, wie sich die Beiträge in der aktuellen Gemengelage positionieren, lässt sich den unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Sichtweisen doch eine gemeinsame Problemdiagnose entnehmen: Die dreifache Herausforderung aus relativ niedrigen Wachstumsraten, zunehmender Ungleichheit und kumulierten ökologischen Gefahren wird im Rahmen der bestehenden demokratischen Institutionen kaum zu bewältigen sein. Aus diesem Grund befinden sich die etablierten parlamentarischen Demokratien in Ländern vor allem des reichen Nordens inmitten einer Großen Transformation. Der Wandel könnte beinhalten, dass – wie Günter Dux argumentiert (2013, S. 24) – die Organisation von Gesellschaft künftig statt von Märkten von der humanen Lebensform selbst bestimmt werden muss, was „mit der bloß formalen Demokratie des politischen Systems und der Machtverfassung der kapitalistischen Ökonomie“ nicht zu erreichen sei.

Aber was genau bedeutet das für die Gegenwart und die Zukunft der demokratischen Staatsform? Wir müssen die Demokratie auf entscheidungverschlossene Bereiche ausdehnen und erweitern, lautet ein Antwortversuch, der sich in mehreren Beiträgen des Doppelhefts findet. Demokratie soll, kann und muss zur Wirtschaftsdemokratie werden, argumentieren neben Hans-Jürgen Urban auch Tilo Wesche und Hartmut Rosa in einem Artikel. Weil „Eigentumsgesellschaften mit hohen Konzentrationen von Wirtschaftseigentum ihrem eigenen Freiheitsgehalt widersprechen“, kann sich Demokratie nicht länger ausschließlich auf ihren institutionellen Rahmen und ihre kommunikativen Verfahren beschränken, sondern braucht wirtschaftsdemokratische Eigentumsformen statt nachträglicher Umverteilung, lautet die These der Autoren.

Dass Überlegungen, die Demokratie in einen Gegensatz zum politischen Kapitalismus der Gegenwart rücken, mehr sind als die Gedankenspiele weltabgewandter Philosophinnen und Soziologen, illustriert eine Praxisnotiz. Pascal Zwicky und Cédric Wermuth, ein Wissenschaftler und ein junger Schweizer Nationalrat, schildern die Entstehung eines Wirtschaftsdemokratie-Papiers, das die Sozialdemokratische Partei der Schweiz im Dezember 2016 auf einem Parteitag als programmatische Leitlinie beschlossen hat. Darin wird neben der Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums auch eine Umverteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht gefordert.

Aus soziologischer Perspektive und ohne politische Rahmung hat Günter Dux Ähnliches angemahnt: Ein ökonomisches System, das sich nicht mit der Zielvorgabe vertrage, „jedem durch die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Möglichkeit einer selbstbestimmten Lebensführung zu schaffen“, passe nicht zur Demokratie (Dux 2013, S. 23). Man mag zu solchen Überlegungen stehen wie man will. Doch auch diejenigen, die das Programm der Schweizer Sozialdemokraten kritisch betrachten, macht das Postulat einer Neuen Wirtschaftsdemokratie darauf aufmerksam, dass, wie es in charmantem Schweizerdeutsch heißt, „Pflästerlipolitik“ nicht ausreicht, um die sich im Gange befindliche gesellschaftliche Transformation in demokratische Bahnen zu lenken.

Wir sind sicher, dass die Debatte um die demokratische Frage uns noch lange beschäftigen wird. Die Beiträge des Doppelhefts, die durch eine Konferenz des Jenaer DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“ angeregt wurden, ermöglichen einen Einstieg. Ebenfalls dem Umfeld des Kollegs entstammt der Tagungsbericht von Anne Hasenohr et al., der das Heft zusammen mit zwei Nachrufen – von Bodo Zeuner auf Elmar Altvater sowie von Steffen Mau auf Stephan Leibfried – abschließt. Der Bericht zieht die Bilanz eines Workshops zu Wachstum und Demokratie, den der „Arbeitskreis Postwachstum“ durchführte. Weitere Debattenbeiträge aus dem Kollegskontext – etwa zum Rechtspopulismus (Becker et al. 2018) und zur Krise der Demokratie (Ketterer und Becker 2019) – sind bereits publiziert oder werden folgen. Außerdem wird im September 2019 erstmals ein Sonderband des BJS erscheinen, der die Forschungsarbeiten des Kollegs in größerer thematischer Breite präsentiert. Dass im vorliegenden Heft zwei Beiträge in englischer Originalsprache publiziert werden (Bob Jessop, James Galbraith), ist neu, soll aber nicht zur Regel werden. Das BJS bleibt ein deutschsprachiges Soziologiejournal, das sich an das Fach in seiner Gesamtheit wendet und Muttersprachlerinnen nur in begründeten Fällen eine Ausnahme ermöglicht. Doch gleich ob englisch oder deutsch – wir hoffen auf intensive Lektüre und Anregung zu konstruktivem Disput! Das wäre zwar nur ein kleiner, aber immerhin ein Schritt auf einem langen Weg, der der Demokratie auch dann eine Zukunft zu ermöglichen sucht, wenn die Wirtschaft nicht oder nur noch langsam wächst.

Literatur

- Anderson, P. (2018): *Hegemonie*. Berlin: Suhrkamp.
- Becker, K., Dörre, K., & Reif-Spirek, P. (Hrsg.) (2018). *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Bertelsmann-Stiftung (2018). Demokratie unter Druck: Polarisierung und Repression nehmen weltweit zu. BTI 2018 vom 22.03.2018. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/themen/aktuelle-meldungen>. Zugriffen: Mai 2018.
- Dux, G. (2013). *Demokratie als Lebensform: Die Welt nach der Krise des Kapitalismus*. Weilerswist: Velbrück.
- Foreign Affairs (2018). Is democracy dying? A global report. *Foreign Affairs*, 97.
- Gramsci, A. (1991ff.). *Gefängnishefte*. Band 1–10. Hamburg: Argument-Verlag.
- Habermas, J. (1987). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2018). Autoritärer Nationalradikalismus. Ein neuer politischer Erfolgstypus zwischen konservativem Rechtspopulismus und gewaltförmigem Rechtsextremismus. In K. Becker, K. Dörre & P. Reif-Spirek (Hrsg.), *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*. (S. 117–134) Frankfurt a. M.: Campus.

- Hobsbawm, E. J. (2017). *Die Blütezeit des Kapitals 1848–1875. Das lange 19. Jahrhundert*. Band 2. Darmstadt: Wbg Theiss.
- International Labour Organization (ILO) (2018). *Global wage report 2016/17: Wage inequality in the workplace*. Genf.
- Ketterer, H., & Becker, K. (2019). *Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte zwischen Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa*. Berlin: Suhrkamp (im Erscheinen).
- Kuznets, S. (1955). Economic growth and income inequality. *The American Economic Review*, 45, 1–28.
- Marx, K. (1973). *Das Kapital. Band 1. Der Produktionsprozeß des Kapitals*. In In K. Marx & F. Engels, Werke (MEW), Bd. 23. Berlin: Dietz.
- North, D. C. (1990). *Institutions, institutional change and economic performance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stiglitz, Joseph E. (2018). Der Mythos der säkularen Stagnation. Project Syndicate vom 28.08.2018. <https://www.project-syndicate.org/commentary/secular-stagnation-excuse-for-flawed-policies-by-joseph-e-stiglitz-2018-08/german>. Zugegriffen: Sept. 2018.
- Streeck, W. (2013). *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Vorländer, K. (2010). *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorie*. München: C. H. Beck.